



Lotsen im Tower des Düsseldorfer Flughafens

Luftfahrt

Fluglotsen drohen ihrem Chef

Nach der Streikwelle bei Bahn und Lufthansa könnte es bei einem weiteren wichtigen Infrastrukturunternehmen zu einem Konflikt zwischen Geschäftsführung und Teilen der Belegschaft kommen: der Deutschen Flugsicherung (DFS). Das geht aus einem offenen Brief hervor, den rund ein halbes Dutzend Spitzenfunktionäre der Lotsengewerkschaft GdF Ende voriger Woche an DFS-Chef Klaus-Dieter Scheurle schickten. In dem Schreiben werfen die Gewerkschafter dem ehemaligen CSU-Staatssekretär unter anderem „Intransparenz, Beliebigkeit und fehlende Empathie“ vor. Das Papier wird inzwischen in mehreren internen Foren diskutiert. Statt ein Zukunftskonzept für das finanziell zuletzt ziemlich klamme Bundesunter-

nehmen zu entwickeln, so die Kritik, kürze Scheurle das Budget „nach dem Rasenmäher-Prinzip“ und verordne den Abteilungen einen „sinnentleerten Sparszwang“. Damit sich das ändert, will die GdF der DFS-Führung bei den gerade laufenden Tarifverhandlungen für die 6200 DFS-Beschäftigten ein Gegengeschäft vorschlagen: Die Mitarbeiter erklären sich bereit, auf einen Teil ihrer Gehaltserhöhungen zu verzichten, im Gegenzug soll die Firmenleitung Arbeitsplatzgarantien aussprechen. Sollte es zu keiner Einigung kommen, will die GdF-Spitze ihre Mitglieder notfalls auch zu Streiks für den Erhalt ihrer Jobs aufrufen. Ein DFS-Sprecher weist die Vorwürfe zurück, möchte sich zu dem Brief ansonsten aber nicht äußern. did

Autobahnen

Dobrindt soll Verträge offenlegen

Die SPD will der von Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) geplanten Forcierung öffentlich-privater Partnerschaften (ÖPP) beim Autobahnbau nur zustimmen, wenn die Projekte deutlich transparenter werden. „Die Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen und die Verträge mit

den privaten Unternehmen müssen für alle künftigen Vorhaben im Internet veröffentlicht werden“, fordert SPD-Bundestagsfraktionsvize Sören Bartol. „Außerdem muss auf den Tisch, welche Berater und Lobbyorganisationen beteiligt sind.“ Mit der größeren Transparenz wollen die Sozialdemokraten ÖPP entmystifizieren. Kritiker, zu denen auch die Rechnungshöfe von Bund und Ländern



Dobrindt

gehören, haben in der Vergangenheit unter anderem bemängelt, ÖPP würden künstlich schön gerechnet, um sie attraktiver erscheinen zu lassen. Tatsächlich seien sie aber teurer, als wenn der Staat allein baue. Bislang gibt es bei Autobahnen ein Dutzend ÖPP-Projekte. Verkehrsminister Dobrindt will weitere 670 Kilometer mithilfe privater Investoren aus- und neubauen. bö